

*Die Planwirtschaft als
Wirtschaftsordnung*

**von
Eva Müller**

**Rosa-Luxemburg-Verein e.V.
Leipzig 1993**

MITTEILUNGEN

**Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins herausgegeben
von Fritz Gebauer und Manfred Neuhaus**

Heft 11

© ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e. V.

Rosa-Luxemburg-Straße 19-21
04103 Leipzig

Umschlaggestaltung: Hans Rossmannit

Redaktion: Manfred Neuhaus

Texterfassung und Korrektur: Ursula Albert

Satz: Daniel Neuhaus

Herstellung: GNN Gesellschaft für

Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung m.b.H.

Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Das Faksimile aus Rosa Luxemburgs »Zur russischen Revolution« (Blatt 100) ist der von Annelies Laschitzka besorgten Edition »Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts ›Zur russischen Revolution‹ und andere Quellen zur Polemik mit Lenin«, Dietz Verlag Berlin 1990 (S. 152) entnommen.

Inhalt

1.	Vorwort	5
2.	Das Modell der Planwirtschaft	7
2.1.	Die Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung von einem Zentrum aus	7
2.2.	Die Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung über die Produktion	10
3.	Die polyzentrale Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung in der Planwirtschaft	14
3.1.	Die Spaltung des Zentrums in viele »Zentren« und deren Genehmigungsfunktion	14
3.2.	Die ökonomische Macht der Betriebe als Produzenten und der unbefriedigte Bedarf	18
3.3.	Der Partei- und der Staatsapparat in der Planwirtschaft	19
4.	Die Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung über den Markt in der Planwirtschaft	20
4.1.	Der Markt in der Planwirtschaft	20
4.2.	Der Begriff des Marktes	21
4.3.	Die Steuerfunktion des Marktes	22
4.4.	Die Wirkung der Konkurrenz und des Monopols auf die Steuerfunktion des Marktes	26
4.5.	Der Markt für Produktionsmittel in der Planwirtschaft	28
4.6.	Der Markt für Konsumtionsmittel in der Planwirtschaft	30
4.7.	Das Geld in der Planwirtschaft	32
4.8.	Die ökonomische Interessiertheit der Arbeitenden in der Planwirtschaft	34
5.	Die Ursachen für das Scheitern der Planwirtschaft und ihre Zukunft	37
5.1.	Die Erfolge der Planwirtschaft	37
5.2.	Das Scheitern der Planwirtschaft und seine Ursachen	38
5.3.	Die Merkmale der kapitalistischen Marktwirtschaft, die ihre Überlegenheit gegenüber der Planwirtschaft begründen	40
5.4.	Die Zukunft der Planwirtschaft	41
	Personalialia	43

1. Vorwort

Heute, nach dem Scheitern der Planwirtschaft, scheint das Interesse an ihr erloschen zu sein. Ein »Ausrutscher« der Geschichte, der sich nicht wiederholen wird, denken viele. Wozu sich dann mit ihr beschäftigen? Zwei Gründe veranlaßten mich, mich diesem Thema zuzuwenden.

Erstens ist die Planwirtschaft eine Wirtschaftsordnung, die es Jahrzehnte lang gab und deren einzelne Elemente gegenwärtig noch überall zu finden sind, weshalb es notwendig ist, theoretisch das Vergangene und teilweise noch Lebende aufzuarbeiten, eine Theorie der Planwirtschaft zu erarbeiten, die sowohl das Modell, das Konzept der Planwirtschaft als auch ihre Wirklichkeit beschreibt.

Zweitens ist die Zukunft der Menschheit ohne eine Planwirtschaft nicht denkbar, weil nur sie es vermag, gesellschaftlichen Interessen in ausreichendem Maße zu genügen, die zunehmend zu Interessen an der Erhaltung des menschlichen Lebens auf dieser Erde geworden sind. Die künftige Planwirtschaft wird in vielerlei Hinsicht anders aussehen als die vergangene. Gerade deshalb muß die vergangene Planwirtschaft bekannt sein, sie mit den Augen von Menschen betrachtend, die auf etwas Vergangenes blicken und Künftiges vorbereiten helfen wollen.

Aus dieser Zielstellung heraus ergibt sich die Dreigliederung der nachfolgenden Studie. Im *ersten Teil* wird das Modell der Planwirtschaft als ihr Entwurf, ihr Konzept beschrieben, das bis zuletzt zu verwirklichen versucht wurde. Im *zweiten Teil*, der aus zwei Kapiteln besteht, wird die Wirklichkeit der Planwirtschaft dargestellt, ausgehend von der Planwirtschaft, wie sie in der DDR bestand. Es wird versucht, diese Wirklichkeit theoretisch zu

verallgemeinern. Im *dritten Teil* werden dann die Ursachen für das Scheitern der Planwirtschaft behandelt, und es werden Gedanken zu einem anderen, der Möglichkeit nach besser funktionierenden, Modell der Planwirtschaft geäußert.

Diese Studie ist als ein Versuch zu betrachten, die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung zu charakterisieren. Ich bin mir der Gewagtheit dieses Versuchs bewußt, halte es jedoch für notwendig, die Diskussion über die Planwirtschaft zu beleben und sehe diese Studie als einen Beitrag zu dieser Diskussion, dem weitere Beiträge anderer Autoren folgen werden.

Für wertvolle Hinweise zu einzelnen Problemen dieser Studie möchte ich mich bei meinen früheren Kollegen herzlich bedanken, insbesondere danke ich den Herrn Professoren Dr. Jürgen Becher, Dr. Gerhard Müller, Dr. Horst Richter, Dr. Joachim Tesch und Dr. Rainer Schwarz sowie Frau Dr. Kerry Brauer und Herrn Dr. Peter Grimmer.

Ferner danke ich den Teilnehmern an der Diskussion zu Thesen über die Planwirtschaft, die ich vorgelegt habe, für wertvolle Gedanken. Für die sorgfältige Abschrift des handgeschriebenen Manuskripts danke ich Frau Susanne Ivens.

Dem Rosa-Luxemburg-Verein e.V. und seinem Vorsitzenden, Prof. Dr. Manfred Neuhaus, danke ich für die Veröffentlichung dieser Studie.

Taucha, im Juni 1993

Eva Müller

2. Das Modell der Planwirtschaft

2.1. Die Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung von einem Zentrum aus

Dem Modell der Planwirtschaft als ihrem Konzept liegt zunächst die Annahme zugrunde, daß es möglich ist, die Entwicklung der Volkswirtschaft von einem Zentrum aus zu planen und zu leiten.

Vom Modell ausgehend, wird die Planwirtschaft daher als eine Wirtschaftsordnung definiert, in der die Menschen, die in verschiedenen Wirtschaftseinheiten tätig sind, bei ihren Entscheidungen über durchzuführende wirtschaftliche Maßnahmen die Ziele eines zentral erarbeiteten Volkswirtschaftsplanes berücksichtigen und diese zu erreichen bestrebt sind.

Die Ziele des Volkswirtschaftsplanes sollen gesellschaftliche Interessen widerspiegeln, denen mit seiner Hilfe entsprochen werden kann. Unter gesellschaftlichen Interessen werden solche Interessen verstanden, die alle Bürger eines Landes gleichermaßen haben, so das Interesse an der Erhaltung der natürlichen Umwelt, an der Beseitigung der Armut, ferner das Interesse, die Kriminalität zu überwinden, schwere Krankheiten zu heilen, junge Menschen gut auszubilden und vieles mehr.

Um gesellschaftliche Interessen konkret für einen Volkswirtschaftsplan formulieren zu können, müssen auf demokratischem Wege die Interessen einzelner Individuen und Gruppen ausgeglichen, und es muß eine Übereinstimmung über zu treffende Maßnahmen erzielt werden, denn die individuellen Interessen der Bürger kollidieren häufig miteinander, ebenso die Interessen von Gruppen, die jeweils Bürger mit gleichen individuellen Interessen umfassen.

Damit die Ziele des Volkswirtschaftsplanes erreicht werden können, müssen Produktionsmittel gesellschaftlich nutzbar sein, was gesellschaftliches Eigentum an ihnen im Rahmen eines Landes voraussetzt.

Das gesellschaftliche Eigentum kann wiederum nur als solches genutzt werden, wenn es von einem Zentrum aus, das die gesellschaftlichen Interessen vertritt, geleitet wird, wozu der zentral erarbeitete Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft das geeignete Instrument ist.

Dieses Modell der Planwirtschaft, das für eine sozialistische Gesellschaft bestimmend sein sollte, hat bereits Marx in groben Konturen entworfen. Er schrieb: »Die nationale Zentralisation der Produktionsmittel wird die nationale Basis einer Gesellschaft werden, die sich aus Assoziationen freier und gleichgestellter, nach einem gemeinsamen und rationellen Plan bewußt tätiger Produzenten zusammensetzt. Das ist das die Interessen der Menschheit umfassende Ziel, welchem die große ökonomische Bewegung des 19. Jahrhunderts zustrebt«.¹

Von einem Zentrum aus die volkswirtschaftliche Entwicklung zu steuern gestattet, die Ziele des Volkswirtschaftsplanes untereinander zu koordinieren und sie mit den Bedingungen, unter denen sie erreichbar sind, abzustimmen. Diese Art der volkswirtschaftlichen Steuerung ist rationell, allerdings setzt sie ein ausgebautes und gut funktionierendes Informationssystem voraus, das der Zentrale Informationen über die sich ständig verändernde Nachfrage nach den verschiedenen Produktenarten, über die Möglichkeit ihrer Herstellung, die Lagerbestände an ihnen, über die natürlichen Ressourcen und den Zustand der natürlichen Umwelt sowie über vieles mehr liefert. Die Zentrale muß gleichzeitig in der Lage sein, diese Informationen zu verarbeiten, wozu sie solide wissenschaftliche Kenntnisse über volkswirtschaftliche Zusammenhänge und ökonomisch-mathematische Modelle benötigt, in denen diese Zusammenhänge abgebildet sind.

Gesellschaftliches Eigentum ermöglicht und erfordert nicht nur eine zentrale Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch eine demokratische Mitwirkung der Bürger in den Wohnorten und in ihren Arbeitsstätten am Zustandekommen zentraler Entscheidungen und am Finden der konkreten Wege ihrer Durchführung.

In der Volkswirtschaftstheorie der DDR und anderer sozialistischer Länder wurde die Planwirtschaft daher als eine Wirtschaftsordnung verstanden, bei der die zentrale staatliche Leitung und Planung mit der eigenverantwort.

¹ Karl Marx: Über die Nationalisierung des Grund und Bodens. In: Marx-Engels-Werke. Bd. 18. S. 62. – Näheres über die Planwirtschaft in der Gesellschaftsprognose von Karl Marx und ihre Weiterentwicklung durch Lenin in: Siegfried Liebing: Planwirtschaft passé? Beitrag zu wirtschaftstheoretischen Problemen der DDR-Geschichte. In: Einspruch. Leipziger Hefte. Zeitschrift der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte 7(1992) S. 8-22.

lichen Tätigkeit der Betriebe und örtlichen Staatsorgane verbunden wird, um auf diese Weise das Prinzip des demokratischen Zentralismus zu verwirklichen.² Die Vorstellungen und konkreten Regelungen, wie diesem Modell der zentralen Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung bei demokratischer Mitwirkung der Bürger entsprochen werden kann, waren zu verschiedenen Zeiten und in den verschiedenen sozialistischen Ländern unterschiedlich.³

In der westlichen Volkswirtschaftslehre wurde die Planwirtschaft als Zentralverwaltungswirtschaft definiert und als Wirtschaftsordnung bestimmt, für die die zentrale Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung kennzeichnend ist. So beschreibt Woll die Planwirtschaft wie folgt: »In der Zentralverwaltungswirtschaft ist die gesamte Produktion und Verteilung der Güter den Dispositionen der Haushalte und Unternehmen entzogen. Statt dessen entscheidet eine staatliche Stelle (Planbehörde) darüber, welche Güter in welcher Menge und Qualität zu erzeugen und nach welcher Rangfolge sie an andere Unternehmen und Haushalte zu verteilen sind (Planaufgaben). Oberste Pflicht der Unternehmen ist die fristgerechte Erfüllung der Planaufgaben (Planerfüllungsprinzip) [...] Artunterscheidendes Merkmal der Zentralverwaltungswirtschaft ist also, daß der arbeitsteilige Wirtschaftsprozeß zentral geplant und aufgrund dieses Planes gelenkt wird.«⁴

Siebert meint ergänzend, die Zentrale stütze sich bei ihren Entscheidungen auf Informationen der einzelnen Betriebe über ihre Produktionsmöglichkeiten.⁵ Krelle geht jedoch noch weiter und meint, daß das Geldsystem in der Planwirtschaft keine Rolle spiele, die Preise die Planbehörde festlegen würde und die Betriebe weder eine Gewinn- und Verlustrechnung noch eine Bilanzrechnung hätten.⁶

2 Siehe Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch. 15. Aufl. Berlin 1989. S. 593-598.

3 Abschnitte aus der Geschichte solcher Vorstellungen und Regelungen beschreiben Roesler und Wolf. – Siehe Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970. Freiburg, Berlin 1990. – Herbert Wolf: Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Bonn, Berlin 1993. S. 149-169.

4 Artur Woll: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 10., überarbeitete und ergänzte Aufl. München 1990. S. 67f.

5 Siehe Horst Siebert: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. 11., überarbeitete und erweiterte Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln 1992. S. 34.

6 Siehe Wilhelm Krelle: Probleme des Übergangs von einer Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft. In: Uwe Jens (Hrsg.): Der Umbau. Von der Kommandowirtschaft zur öko-sozialen Marktwirtschaft. Baden-Baden 1991. S. 17, 19 und 24.

Diese Autoren scheinen zwar zu glauben, die Wirklichkeit der Planwirtschaft zu beschreiben, tatsächlich beschreiben sie jedoch das Modell der Planwirtschaft, dessen wesentliches Merkmal die zentrale Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung ist.

2.2. Die Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung über die Produktion

Dem Modell der Planwirtschaft lag ferner die Annahme zugrunde, daß es möglich ist, die Entwicklung der Volkswirtschaft von der Produktion aus zu steuern und die Produktion mit der Konsumtion direkt zu verbinden.

So wurde beispielsweise das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus so charakterisiert, daß die wachsenden materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse der Menschen immer besser befriedigt werden können, weil die Produktion ununterbrochen entwickelt und vervollkommen wird, indem der wissenschaftlich-technische Fortschritt genutzt und die Arbeitsproduktivität gesteigert werden.⁷

Sobald jedoch die Produkte als Waren erzeugt werden, einen Preis haben und nur über den Kauf erworben werden können, wozu mit Geld bezahlt werden muß, liegen zwischen den beiden Endphasen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, zwischen der Phase der Produktion und der Phase der Konsumtion, die Phasen der Distribution und der Zirkulation, wodurch die Wechselbeziehungen zwischen der Produktion und der Konsumtion wesentlich komplizierter werden, als es im ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus ausgedrückt ist.

In der Produktion wird das volkswirtschaftliche Produkt⁸ erzeugt, in der Zirkulation wird es zu seinen künftigen Konsumenten bewegt, wobei diese Bewegung unterbrochen wird durch den Aufenthalt der einzelnen Produkte

7 Siehe Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch. 15. Aufl. Berlin 1989. S. 492.

8 Mit »volkswirtschaftliches Produkt« wird die Gesamtheit der während eines Jahres erzeugten Einzelprodukte bezeichnet. Das volkswirtschaftliche Produkt besteht aus Produktionsmitteln und Konsumtionsmitteln und schließt das gesellschaftliche Gesamtprodukt, das kulturell-soziale Produkt und im weiteren Sinn auch das Naturprodukt ein, das allerdings statistisch schwer erfassbar ist.

auf dem Markt, auf Käufer wartend. Die Käufer müssen wiederum über Ansprüche auf diese Produkte verfügen, die die Form des Geldes haben und über die Distribution des volkswirtschaftlichen Produkts in ihre Hände gelangt sind.

Die Distribution des volkswirtschaftlichen Produkts beginnt nach dem Abschluß seiner Produktion. Aus dem Verkauf der erzeugten Produkte erhält der Produzent Geld, das er nach gesellschaftlich und betrieblich fixierten Regeln auf die an der Produktion Beteiligten verteilt: Die Arbeiter und die Eigentümer der Produktionsmittel erhalten ihren Anteil in Form des Geldes als Lohn, Gewinn und als Geldfonds für den Kauf neuer Produktionsmittel, die die verbrauchten ersetzen und Material, Energie oder Maschinen, Anlagen, Gebäude und anderes sind.

Wenn die Produkte als Waren erzeugt werden, dann ist ihre Distribution keine direkte, keine naturale, sondern eine indirekte, über das Geld vermittelte. Die Produkte selbst gelangen aus der Produktion in die Zirkulation, sie werden transportiert, gelagert und in Regalen oder anderswie ausgestellt und den potentiellen Konsumenten angeboten. Die Produkte haben einen Preis, der von den durchschnittlichen Herstellungskosten, Handelskosten und anderen Faktoren abhängt.⁹

Je nach den Bedürfnissen der potentiellen Konsumenten der Produkte, ihrem Preis und dem Geld, über das die Konsumenten verfügen, werden die angebotenen Produkte gekauft oder nicht. Nur wenn sich ein Käufer findet, gelangen die Produkte in die Konsumtion. Ihr Weg von der Produktion über die Zirkulation, der von der Distribution vermittelt wurde, ist dann abgeschlossen. Die Konsumtion selbst kann als Prozeß eine langfristige oder eine kurzfristige sein¹⁰, die zu verbrauchenden Produktionsmittel und Konsumtionsmittel sind daher langlebig (Gebäude, Maschinen, Möbel, Bekleidung und anderes) oder kurzlebig (Material, Brennstoffe, Lebensmittel und anderes), viele Zwischenstufen eingeschlossen.

9 Dem Preis der Produkte liegt der Arbeitswert zugrunde, der durch verschiedene Faktoren modifiziert ist. Marktbedingungen können ein Abweichen des Preises vom modifizierten Arbeitswert bewirken.

10 Bei dieser Darstellung wird davon ausgegangen, daß das Produkt gegenständlich ist und ein Sachgut darstellt. Bei Produkten, die Tätigkeiten sind und als Dienstleistungen bezeichnet werden, fallen ihre Produktion und ihre Konsumtion örtlich und zeitlich zusammen, so daß die Distribution und die Zirkulation (das Anbieten einer Dienstleistung) vor der Produktion liegen. Diese Produkte sind »nullebig«.

Die Konsumtion von Produktionsmitteln, die als produktive Konsumtion bezeichnet wird, ist zugleich die Produktion neuer Produkte¹¹.

Wenn alle Produkte diese vier Phasen Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion durchlaufen, sind die Größe und die Struktur des volkswirtschaftlichen Produkts in diesen einzelnen Phasen dieselben, von Zeitverschiebungen abgesehen.

Die Impulse, die gegeben werden müssen, um die Größe und die Struktur des volkswirtschaftlichen Produkts zu verändern, können von der Produktion, der Zirkulation oder der Distribution ausgehen. In der Konsumtion wird nur noch das Erzeugte und Verteilte verbraucht. Die Impulse, die in der Produktion oder in der Zirkulation gegeben werden, berühren die Struktur des volkswirtschaftlichen Produkts nach Produktenarten; die Steuerung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses über die Produktion oder die Zirkulation ist somit eine Steuerung der stofflichen Zusammensetzung des volkswirtschaftlichen Produkts. Anders die Steuerung über die Distribution. Diese berührt die Größe des volkswirtschaftlichen Produkts und seine Verteilung auf die einzelnen potentiellen Konsumenten, wodurch die stoffliche Struktur nur indirekt beeinflußt wird.

Das Modell der Marktwirtschaft unterstellt eine Steuerung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses über die Zirkulation.

Bei privatem Eigentum an den Produktionsmitteln und daraus folgend bei individuellen Entscheidungen über die Menge und Art der Produkte, die erzeugt werden sollen, ist die Zirkulation mit dem dazugehörigen Markt die Phase, von der aus die Impulse zur Veränderung der Größe und der Struktur des volkswirtschaftlichen Produkts gegeben werden. Auf dem Markt prüfen die Produzenten, ob ihre bereits erzeugten Produkte Käufer finden und wie viele es sind. Je nach der Nachfrage vergrößern oder verringern sie die zu erzeugende Menge an den einzelnen Produktenarten. Durch ständiges Prüfen, ob das Produzierte dem Bedarf entspricht, wird die Produktion stets von neuem dem Bedarf angepaßt. Was zuviel erzeugt wurde, wird vernichtet oder zu Billigpreisen noch verkauft.¹²

11 Diese vier Phasen des Reproduktionsprozesses des volkswirtschaftlichen Produkts beschrieb Marx näher. – Siehe u.a., Karl Marx. Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke. Bd. 13. S. 620f.

12 Näheres zu der Steuerfunktion des Marktes siehe Abschnitt 4.3 dieser Studie.

Das Modell der Planwirtschaft unterstellt dagegen eine Steuerung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses über die Produktion, über die zentrale Vorgabe von Produktionszielen. Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln erlaubt, gesellschaftliche Entscheidungen über die Menge und die Art der Produkte, die zu erzeugen sind, zu treffen. Das Rationelle ist daher, solche Entscheidungen in der Phase der Produktion, vor ihrem Beginn, zu treffen. Dazu muß man den Bedarf der Bevölkerung an Konsumtionsmitteln und daraus abgeleitet den Bedarf der Wirtschaft an Produktionsmitteln gründlich studieren und danach genau das erzeugen, was nachgefragt wird. Da aber nach diesem Modell nur Nachgefragtes produziert wird, muß auch alles Produzierte einen Verbraucher finden. Ein Markt mit einem breiten Warenangebot, aus dem der künftige Konsument wählen kann, ist dann überflüssig. Das bedarfsgerecht Produzierte kann natural direkt verteilt werden, da man ja genau weiß, wer was braucht.

Der Weg der einzelnen Produkte von der Produktion in die Konsumtion muß sich nicht mehr spalten und auf zwei Gleisen, dem der Distribution und der Zirkulation, verlaufen, sondern er kann eingleisig über eine naturale Distribution führen, die risikofrei und daher rationell ist.

Das Modell der Marktwirtschaft und das der Planwirtschaft lassen eine Steuerung über die Distribution als korrigierende oder ergänzende Steuerung zu. In der Marktwirtschaft muß die ihr innewohnende Tendenz zur wachsenden Differenzierung der Einkommen korrigiert und damit abgeschwächt werden; in der Planwirtschaft ergänzt die Steuerung über die Distribution, die vom Modell her eine naturale ist, die Steuerung über die Produktion.

Das Modell der Planwirtschaft als ihr ideelles Konzept hat sich als nicht realisierbar erwiesen; weder war es möglich, von einem Zentrum aus die volkswirtschaftliche Entwicklung zu steuern, noch gelang es, diese über die Produktion zu steuern, wie in den folgenden Abschnitten im einzelnen gezeigt wird.

3. Die polyzentrale Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung in der Planwirtschaft

3.1. Die Spaltung des Zentrums in viele »Zentren« und deren Genehmigungsfunktion

Der Versuch, über die Produktion, durch Vorgabe von Produktionszielen, die Entwicklung der Volkswirtschaft von einem Zentrum aus zu planen und zu leiten, erwies sich als nicht realisierbar, wie die Praxis in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern zeigte.

Die zunehmende Vielfalt an Produktenarten, ihren Sortimenten, an Produktionsverfahren, ferner die mit dem Wohlstand wachsende Differenziertheit der Bedürfnisse der Menschen, die einer ständigen Wandlung unterliegen, machten eine auf Produktionsziele ausgerichtete Planung und Leitung der gesamten Volkswirtschaft von einem Zentrum aus unmöglich. Ob je eine zentrale Planung der Produktion im weitesten Sinne machbar ist, wenn miteinander verkettete Computersysteme dem Zentrum die nötigen Informationen über die Nachfrage, die Bestände und die Produktion für die einzelnen Produktenarten liefern können, ist offen. Diese Voraussetzungen fehlten jedenfalls, und die Planung der volkswirtschaftlichen Produktion von einem Zentrum aus gelang nicht. Das Zentrum spaltete sich daher in viele »Zentren« im Glauben, diese könnten, sich gegenseitig ergänzend, doch noch eine zentrale Planung der volkswirtschaftlichen Produktion verwirklichen.

Wenn von zentraler Planung und Leitung der Volkswirtschaft oder von Zentralverwaltungswirtschaft gesprochen wird, steht stets die Frage, wo ist das Zentrum? Für die westliche Volkswirtschaftslehre ist es die »zentrale Planbehörde«. In den sozialistischen Ländern gab es zwar solche zentralen Planbehörden, wie beispielsweise in der DDR die Staatliche Plankommission. Diese war jedoch ein dem Ministerrat untergeordnetes Organ. Der Ministerrat war zwar »für die einheitliche Leitung der gesamten Volkswirtschaft [...] verantwortlich«, er handelte jedoch »auf der Grundlage der Direktive der Partei der Arbeiterklasse und der Beschlüsse der Volkskammer sowie des Staatsrates«. ¹³ Die Direktiven der Partei der Arbeiterklasse konnten wiederum

¹³ Sozialistische Volkswirtschaft. Hochschullehrbuch. 2., neuverfaßte Aufl. Berlin 1989. S. 466f.

Beschlüsse des Politbüros, des Zentralkomitees oder eines Parteitages sein. War die Zentrale nun die Staatliche Plankommission, der Ministerrat, der Staatsrat, das Politbüro oder das Zentralkomitee? Der Parteitag war keine ständige Einrichtung, hatte keinen Apparat und konnte daher auch kein solches Zentrum sein.

Auch dann, wenn es nur *eine* zentrale Planbehörde gegeben hätte, wäre die Frage nach dem Zentrum nicht leicht zu beantworten, da eine solche Behörde viele Abteilungen mit noch mehr Mitarbeitern haben würde, die alle Entscheidungen zumindest vorbereiten und damit auch weitgehend treffen müßten. Der Leiter dieser Planbehörde müßte in der Lage sein, in seinem Kopf alle vorbereiteten Entscheidungen zu koordinieren, was voraussetzt, daß es nur wenige überschaubare Entscheidungen sind, deren Koordination sich auf eine theoretisch fundierte Kenntnis volkswirtschaftlicher Zusammenhänge stützt, die wiederum in einem Computerprogramm nachgestaltet sein müßten. Schon diese Bedingungen fehlen bis heute. Wenn man bedenkt, daß auch der Ministerrat mit seinen einzelnen Ministerien und das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands jeweils solche Apparate mit Dutzenden Abteilungen und Hunderten von Mitarbeitern hatten, dann wird deutlich, daß es kein Zentrum gegeben hatte und geben konnte, das Produktionsziele *zentral* festlegte.

Es gab nicht ein, sondern mehrere »Zentren«: das Zentralkomitee der SED, den Ministerrat, die Staatliche Plankommission. Diese delegierten wiederum ihre Befugnisse zum bedeutenden Teil nach unten, so an die Bezirksleitungen der SED, an die Räte der Bezirke, an die Ministerien und Staatssekretariate, an die Bezirksplankommissionen. Innerhalb dieser vielen Einrichtungen gab es wiederum viele Abteilungen, die im Auftrage des Leiters der Einrichtung Entscheidungen vorbereiteten und auch trafen.

Aus der Sicht eines Betriebes stand die Leitungspyramide auf dem Kopf: Unten war der Betrieb, über ihm die Kombinarsleitung, die Kreisleitung der SED, der Rat des Kreises und die zuständige Bank. Über diesen als nächste dritte Ebene waren das Ministerium, das diesen Zweig leitete, zum Beispiel das Ministerium für Chemische Industrie, ferner das Ministerium der Finanzen, das Ministerium für Materialwirtschaft, das Ministerium für Wissenschaft und Technik, das Amt für Preise, die Staatsbank und andere

zentrale Verwaltungsorgane. Je höher die Ebene, desto mehr Einrichtungen, die dem Betrieb theoretisch Weisungen geben konnten, wies sie auf.¹⁴

Erst auf einer vierten Ebene engte sich die Pyramide wieder ein: Es standen dort nur das Zentralkomitee der SED und der Ministerrat, die aber vor allem über die dritte Ebene auf die Betriebe Einfluß nahmen, so daß für den Betrieb eine sehr breite Palette übergeordneter Leitungsorgane bestand.

Da es so viele übergeordnete Leitungsorgane gab, deren »Weisungen« wenig abgestimmt waren, konnte sich der Betriebsleiter auch aussuchen, welche »Weisungen« er durchführte, er mußte sogar selektieren, weil sich »Weisungen« widersprachen. Ein erfahrener Leiter wußte, welche »Weisungen« wirkliche Weisungen waren, die er befolgen mußte und welche Weisungen nur Schein-Weisungen waren, die unbeachtet bleiben konnten.

Da nicht von *einem* Zentrum aus geplant und geleitet wurde, sondern von vielen »Zentren«, war deren Wirken wenig oder schlecht koordiniert. Die unkoordinierten Entscheidungen der vielen »Zentren« führten nur deshalb zu keinem Chaos, weil sie letztlich von den Vorschlägen der Wirtschaftseinheiten ausgingen, diese Vorschläge prüften und in der Regel auch genehmigten. Die Wirtschaftseinheiten selbst waren noch in der Lage, ihren Produktionsprozeß zu überblicken und zu koordinieren, so daß nur infolge dieses von unten ausgehenden Koordinierens »zentrale« Entscheidungen zustande kamen, die sich als mehr oder weniger koordiniert erwiesen, soweit sie den Betrieb als wirtschaftende Einheit betrafen. Die Beziehungen zwischen den Betrieben waren ebenfalls dann gut koordiniert, wenn den Betrieben diese Koordination gelang. Die koordinierende Tätigkeit des Zentrums versagte in der Regel, weil es ja kein wirkliches Zentrum gab, sondern ein in viele »Zentren« aufgespaltenes Schein-Zentrum.

Aus einem Zentrum wurden viele »Zentren«, aus autonomen zentralen Entscheidungen über die Produktionsziele wurden Genehmigungen der von den Betrieben vorgeschlagenen Produktionsziele und anderen Ziele. Diese Genehmigungen waren oft mit Abstrichen oder höheren Auflagen verbunden, es blieben aber als Regel Vorschläge der Wirtschaftseinheiten, die etwas

14 Sozialistische Volkswirtschaft. Hochschullehrbuch. 2., neuverfaßte Aufl. Berlin 1989. S. 266f. und 469-473.

korrigiert, zentral jedoch nicht wirklich koordiniert oder gar autonom, vorgegeben waren.

Der Prozeß der Planausarbeitung war im bedeutenden Maße ein Prozeß der Genehmigung betrieblicher Vorstellungen über die Entwicklung ihrer Produktion. Die Planvorgaben der übergeordneten Planungsorgane, als staatliche Aufgabe bezeichnet, beruhten in der Regel auf den betrieblichen Vorstellungen, die in den Planentwürfen der Betriebe präzisiert und nach der Verteidigung vor dem übergeordneten Planungsorgan bestätigt wurden, um nach der Beschlußfassung der Volkskammer über den entsprechenden Volkswirtschaftsplan als staatliche Planaufgabe den Betrieben übergeben zu werden. Während der Plandurchführung konnten diese als verbindlich erklärten staatlichen Planaufgaben mehrfach mehr oder weniger leicht korrigiert werden.¹⁵

Zwar konnten die verschiedenen übergeordneten Planungs- und Leitungsorgane die betrieblichen Vorstellungen beeinflussen, sie blieben jedoch die Grundlage der Volkswirtschaftspläne, nicht etwa autonom getroffene zentrale Entscheidungen über die Entwicklung der gesamten volkswirtschaftlichen Produktion, über zu erzeugende Produktenarten, angewandte Produktionsverfahren und ähnliches.

Die Planwirtschaft war somit eigentlich keine »Zentralverwaltungswirtschaft«, auch keine »zentrale Planung der Volkswirtschaft«, sondern vielmehr eine »polyzentrale Genehmigungswirtschaft«.

Obwohl es sich als unmöglich erwies, die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft über die Vorgabe von Produktionszielen von einem Zentrum aus zu steuern, war es möglich, ausgewählte Produktionsziele zu stellen und mit Hilfe entsprechender Programme auch zu erreichen.

Solche Programme waren in der DDR beispielsweise das der Schaffung einer Grundstoffindustrie, ferner das Programm der Umstellung von Heizöl auf Braunkohle oder das Wohnungsbauprogramm. Durch die Konzentration der Kräfte und Mittel auf ausgewählte, klar überschaubare Produktionsziele gelang es in der Planwirtschaft selektiv, vom Zentrum aus auch die Produktion

¹⁵ Der Prozeß der Planausarbeitung wird ausführlich beschrieben in Sozialistische Volkswirtschaft. Hochschullehrbuch. 2., neuverfaßte Aufl. Berlin 1989. S. 497-507.

mit Erfolg zu steuern. Solche durch diese Programmplanung erreichten Umstellungen in der Wirtschaft waren teuer und gingen auf Kosten einer komplexen volkswirtschaftlichen Entwicklung, was jedoch allgemein für Umstellungen gilt. Deshalb hatten solche autonom getroffenen zentralen Entscheidungen im Vergleich zu den betrieblichen Vorstellungen einen begrenzten Einfluß auf die volkswirtschaftliche Produktion.

3.2. Die ökonomische Macht der Betriebe als Produzenten und der unbefriedigte Bedarf

Da die Produktion und die auf sie gerichteten Ziele im Mittelpunkt der Leitung und Planung der Volkswirtschaft standen, wurden die produzierenden Betriebe zu den hauptsächlichsten Adressaten von Planentscheidungen, zu »Lieblingen« der verschiedenen Leitungsorgane und zu Verwaltern von zunehmend größeren Produktionsmittelfonds, vor allem über die Zentralisation der Produktionsmittel kleiner Betriebe, die zu Produktionsstätten der Kombinatbetriebe wurden. Über verschiedene Wege, zum Beispiel über die Bildung von Kombinat, wurden die Konkurrenten vom Binnenmarkt verdrängt, und die verbliebenen Großbetriebe wurden als Produzenten zu Monopolisten, die das Angebot an ihren Produkten knapp halten konnten, um so einen sicheren Absatz zu haben. Auch kleinere private und genossenschaftliche Betriebe nutzten Monopolpositionen auf dem Markt, die sich aus der Politik der Staatsorgane ergaben, Neuzulassungen von Handwerks- und anderen privaten Betrieben zu beschränken. Das System der Erzeugnisbilanzen förderte diese Monopolstellung der Betriebe als Produzenten, denn diese Bilanzen für Material, Ausrüstungen, Konsumgüter und Bauleistungen wurden als Regel von den Herstellern dieser Produkte, den Betrieben, den Kombinat oder den für diese Hersteller zuständigen Fachministerien, aufgestellt. Über solche Erzeugnisbilanzen wurde die Menge an zu erzeugenden und zu importierenden Produkten einer Art (das Aufkommen) ebenso gesteuert wie die Verteilung dieser Produkte auf die Verbraucher, den Handel und den Export (die Verwendung).¹⁶

¹⁶ Näheres zur Erzeugnisbilanzierung siehe Abschnitt 4.5. dieser Studie.

Aus der Monopolstellung der produzierenden Betriebe auf dem Binnenmarkt folgte, daß der Druck auf sie, den immer differenzierter werdenden Bedarf der Wirtschaft und der Bevölkerung bei ihren Entscheidungen über das Produktionssortiment zu berücksichtigen, nach und nach schwächer wurde.

Während die Betriebe als Produzenten trotz ungenügender Beachtung des Bedarfs fast keine Absatzsorgen hatten, hatten sie als Konsumenten, als Verbraucher von Material, Ausrüstungen und Bauleistungen, wachsende Schwierigkeiten, das Benötigte zu erhalten. Als Produzenten waren sie »Könige«, als Konsumenten »Bettler«. Da aber jeder Betrieb beides zugleich war, konnte er auch diesen Gegensatz in seiner Stellung auf dem Markt mehr oder weniger gut ausgleichen.

Die Koordination der Produktion der Herstellerbetriebe mit ihren Zuliefer- und Abnehmerbetrieben war kompliziert und erforderte viel Initiative und viele Ideen seitens der Direktoren und anderen Mitarbeiter dieser Betriebe, so daß diese Leiter alles andere waren als stumme, Befehle ausführende Soldaten, wie sie heute von den Verfechtern der These, die Planwirtschaft sei eine Kommandowirtschaft gewesen, dargestellt werden.

3.3. Der Partei- und der Staatsapparat in der Planwirtschaft

Die Partei- und die Staatsorgane setzten den »ordnungspolitischen Rahmen« für das Funktionieren der Planwirtschaft.

Mit Hilfe dieser Organe wurde ein System von Geboten und Verboten durchgesetzt, geschriebener und ungeschriebener »Gesetze«, die vor allem auf die Erhaltung bestehender Zustände und auf die soziale Sicherheit der Bürger gerichtet waren. Zu den Geboten gehörte die Forderung, daß die Produktion und die Arbeitsproduktivität in jedem Betrieb steigen, die Kosten je Produkt sinken müssen. Da ebenso die Bedürfnisse und die Einkommen der Bürger wuchsen, mußte diese wachsende Produktion auch absetzbar sein. Wenn es Schwierigkeiten gab, Hergestelltes zu verkaufen, dann mußten Abnehmer für solche Produkte gefunden werden, auch wenn man diese eigentlich nicht mehr brauchte, weil in diesen Produkten Material und Arbeit steckten. Verboten war es, Betriebe stillzulegen, Arbeiter und Angestellte zu

entlassen, den Lohn zu senken, Preise für Lebensmittel und industrielle Konsumgüter, die einmal auf dem Markt waren, zu erhöhen oder zu senken, es sei denn, man hatte sich in langwierigen Verfahren dafür eine Genehmigung geholt. Es war verboten, Mieten zu erhöhen, Mietschuldner auf die Straße zu setzen; es war verboten zu betteln, denn jedem Armen, Hilflosen, Kranken, aus dem Gefängnis Entlassenen mußte geholfen werden, Obdach und Arbeit zu finden und ihn gesundheitlich zu betreuen.

Die Partei- und die Staatsorgane stützten ferner die Autorität der Leiter der Betriebe und der Einrichtungen, die ebenso Nichteigentümer der Produktionsmittel waren wie die Mitarbeiter und sich daher auf Weisungen der übergeordneten Organe berufen mußten, wenn unpopuläre Maßnahmen durchzuführen waren.

Der Partei- und der Staatsapparat hatten zwar die Macht, ausgewählte Produktionsziele mit Hilfe entsprechender Programme durchzusetzen; komplexe Veränderungen in der Wirtschaft zu erreichen, die zu einem größeren technischen Fortschritt und zu einem rascher steigenden Lebensniveau der Bevölkerung geführt hätten, gelang es jedoch kaum. Die Macht der Apparate, das Bestehende zu erhalten, wurde zu ihrer Ohnmacht, dieses Bestehende für gewünschte Fortschritte zu verändern.

4. Die Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung über den Markt in der Planwirtschaft

4.1. Der Markt in der Planwirtschaft

Bei der gegenwärtigen Vielfalt an Produktenarten und ihren Sortimenten (Größe, Farbe, Material) sowie den immer differenzierter werdenden Bedürfnissen der Menschen ist ihre Nachfrage nach Konsumtionsmitteln und, daraus abgeleitet, auch die Nachfrage der Betriebe nach Produktionsmitteln von vielen Zufällen abhängig. Der Bedarf ist daher vor Beginn der Produktion nicht exakt bestimmbar und die »bedarfsgerechte Produktion«, wie sie in der DDR angestrebt wurde, eine Illusion. Es wird immer wieder zu viel oder zu wenig von einer Produktenart erzeugt, verglichen mit dem Bedarf an dieser.

Wesentlich sind daher die Steuerungsmechanismen, die es erlauben, auf solche Abweichungen zwischen Produktion und Bedarf zu reagieren.

Deshalb war es in der Planwirtschaft nicht möglich, die volkswirtschaftliche Entwicklung alleine von der Produktion aus zu steuern, sondern auch in der Planwirtschaft wurde über den Markt, über die Warenzirkulation, gesteuert, allerdings mit vielen Einschränkungen, weshalb auf die Abweichungen, die es zwischen der Produktion und dem Bedarf gab, viel zu langsam reagiert wurde.

4.2. Der Begriff des Marktes

Unter Markt wird allgemein ein Ort verstanden, an dem sich Geschäfte im weitesten Sinne, also auch Stände, Buden, Hallen, befinden, die Produkte zum Kauf anbieten und die von Käufern aufgesucht werden können.

Breiter gefaßt, kann der Markt nicht nur Produktenmarkt sein, sondern auch Geld- und Kapitalmarkt, Grundstückmarkt, Arbeitsmarkt oder noch anderes anbietender Markt. Im folgenden interessiert nur der Produktenmarkt.

Dieser Produktenmarkt ist jedoch nicht nur die Gesamtheit der Geschäfte des Einzelhandels, vom kleinsten Laden bis zu den Supermärkten, sondern auch die Gesamtheit der Unternehmen im Großhandel und der Absatzlager in den produzierenden Unternehmen, ganz gleich, ob diese Produktions- oder Konsumtionsmittel anbieten.

In der ökonomischen Literatur der DDR wurde der Markt oft als Ort des »Warenaustausches« bestimmt, wodurch die Vorstellung geweckt wurde, auf dem Markt träfen sich Menschen, die in einer Person Käufer und Verkäufer sind, nur sind die Waren, die sie austauschen, vom Gebrauchswert her verschieden.¹⁷ Diese Vorstellung geht jedoch von primitiven Märkten aus, wie sie im Mittelalter bestanden oder heute noch als asiatische Basare oder schwarze Märkte bekannt sind. Auf einem modernen Warenmarkt sind die Käufer in ihrer Masse andere Personen als die Verkäufer, so daß auch kein »Warenaustausch« stattfindet.

¹⁷ Siehe u. a. Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch. 15. Aufl. Berlin 1989. S. 797.

In der ökonomischen Literatur der BRD ist dagegen die Auffassung verbreitet, der Markt sei ein »Ort des Informationsaustausches«, ein »Treffpunkt der Produzenten und der Konsumenten«. »Der Markt ist eine ›clearing-Stelle‹, bei der Nachfrager (Haushalte) angeben, welche Menge eines Gutes sie zu einem bestimmten Preis nachfragen und Anbieter (Unternehmen) angeben, welche Menge sie bereitstellen.«¹⁸

Der typische Produktenmarkt ist jedoch weder ein Computer, bei dem Angebots- und Nachfrageinformationen eingehen und rechentechnisch verarbeitet werden, noch eine Auktion, auf der verschiedene Preise nacheinander ausgerufen und auf diese Weise für jedes Produkt ein Käufer gefunden wird, noch treffen sich auf dem modernen Markt Produzenten und Konsumenten.¹⁹

Der moderne Produktenmarkt ist viel mehr der Ort für ein gewaltiges und reiches Warenangebot, in Geschäften ausgestellt und von Kunden aufgesucht, ein Angebot an Produkten, deren Preise feststehen und dem Käufer nur die Wahl lassen, zu kaufen oder nicht zu kaufen. Auf diesem Markt treffen die künftigen Konsumenten der Produkte einen Händler, der Auskunft über die Beschaffenheit der Ware geben kann, mit dem jedoch nicht verhandelt wird.

Der Markt ist die Unterbrechung der Warenzirkulation, der Aufenthaltsort der Produkte auf ihrem Zirkulationsweg von der Produktion in die Konsumtion, auf potentielle Konsumenten wartend.

4.3. Die Steuerfunktion des Marktes

Der Markt gehört zwar der Realsphäre an, ist als Ort des Warenangebots etwas gegenständlich Existierendes, der Markt gehört jedoch auch der Steuersphäre an, weil er eine Steuerfunktion hat.

18 Horst Siebert: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. 11., überarbeitete und erweiterte Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln 1992. S. 98.

19 Bei solchen Darstellungen werden allgemein die Produkte als Sachgüter gesehen. Sind die Produkte jedoch Dienstleistungen, wie z.B. Reparaturen an Sachgütern, Transportleistungen oder Friseurleistungen, dann fallen die Produktion und die Konsumtion dieser Leistungen zeitlich und örtlich zusammen, weshalb sich Produzenten und Konsumenten zur Auftragserteilung oder zum Leistungsempfang treffen können oder sogar müssen.

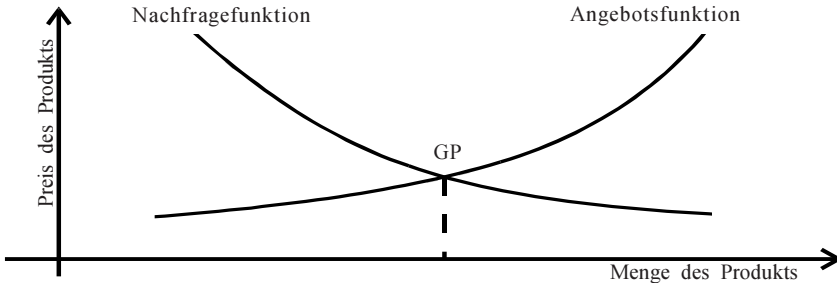


Abbildung 1: Angebots- und Nachfragefunktion und der Gleichgewichtspreis (GP) für eine Produktart

Die Steuerfunktion des Marktes wird in der ökonomischen Literatur allgemein darin gesehen, daß auf dem Markt die angebotene Menge an einer Produktenart mit der nachgefragten Menge in einem Anpassungsprozess in Übereinstimmung gebracht wird, indem der Preis für diese Produktenart schrittweise verändert wird. Bei einem höheren Preis werden mehr Produkte angeboten und weniger nachgefragt; bei einem niedrigeren Preis ist es umgekehrt, es werden weniger Produkte angeboten, dafür aber mehr nachgefragt.

Die beiden Variablen, die Produktemenge und der Preis des Produkts, werden solange verändert, bis ein Preis gefunden ist, der »Gleichgewichtspreis«, bei dem die angebotene Menge an Produkten mit der nachgefragten übereinstimmt. Dieser Zusammenhang wird auch mit Hilfe von Angebots- und Nachfragekurven veranschaulicht, in deren Schnittpunkt der Gleichgewichtspreis liegt, wie aus Abbildung 1 erkennbar ist.

Diese Darstellung der Steuerfunktion des Marktes vereinfacht die Wirklichkeit erheblich, denn es wird ein Markt unterstellt, auf dem im Gleichgewichtszustand keine Warenvorräte vorhanden sind, ein Markt, der im Gleichgewichtszustand »geräumt« ist,²⁰ wie nach einer Auktion. »Das Gleichgewicht läßt sich [...] definieren als die Mengen-Preis-Kombination, bei der es keine Überschüsse gibt.«²¹

20 »Der Markt wird nur dann geräumt, wenn der Preis p_0 [der Gleichgewichtspreis – E.M.] erreicht wird.« (Horst Siebert: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. 11., überarbeitete und erweiterte Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln 1992. S. 67.)

21 Artur Woll: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 10., überarbeitete und ergänzte Aufl. München 1990. S. 99.

Wann ist aber ein Produktenmarkt leer? Wer würde in leere Geschäfte einkaufen gehen? Die modernen Märkte zeichnen sich gerade aus durch eine Fülle von angebotenen Produkten verschiedenster Art und in unterschiedlichsten Größen, Formen, Farben, aus verschiedenen Materialien hergestellt; ein Angebot, das jederzeit vorhanden ist.

Das Angebot an Produkten ist somit ein Warenbestand, ein Warenvorrat, also eine Bestandsgröße, die zu jedem Zeitpunkt existiert und meßbar ist. Die Nachfrage ist dagegen eine Flußgröße, die zu Zeitpunkten gegen Null tendiert und nur in endlichen Zeiteinheiten (Tag, Monat, Jahr) meßbar ist.

So kann zum Beispiel ein mittelgroßes Schuhgeschäft in seinen Räumen und im daneben befindlichen Lager 10.000 Paar Schuhe verschiedener Größe, Farbe, Modelle, aus verschiedenen Materialien hergestellt, haben, dieses Schuhangebot ist um 9 Uhr ebenso vorhanden wie um 17 Uhr. Die Nachfrage seitens vorbeikommender Käufer ist jedoch um 9 Uhr sehr viel kleiner, vielleicht ist gerade das Geschäft leer oder drei Kunden suchen geeignete Schuhe, ähnlich um 17 Uhr. Während des Tages können 100 Kunden vorbeikommen und nach bestimmten Schuhen fragen. Die Größe des Angebots von 10.000 Paar Schuhen ist mit der Nachfrage, 100 Paar Schuhe, nicht vergleichbar, weil Bestands- und Flußgrößen nicht ohne Umrechnung vergleichbar sind.

Die in der ökonomischen Literatur übliche Darstellung der Steuerfunktion des Marktes geht aber davon aus, daß das Angebot auch eine Flußgröße ist und daher im obigen Beispiel im Geschäft nur 100 Paar Schuhe angeboten werden dürften, die, falls sie zum Gleichgewichtspreis angeboten werden, auch abends verkauft sein müßten, das Geschäft also abends leer wäre.

Die Steuerfunktion des Marktes ist in Wirklichkeit wesentlich komplizierter als üblicherweise dargestellt wird.

Die mit der Nachfrage vergleichbare Flußgröße ist nicht das Angebot, sondern der Zufluß zu diesem, die seitens des Handelsunternehmens während einer Zeiteinheit (Tag, Monat, Jahr) eingekauften Waren. Im obigen Beispiel müßte das Schuhgeschäft, falls es am Tag 100 Paar Schuhe verkauft hat, 100 Paar neue Schuhe einkaufen, vorausgesetzt, sein Warenbestand hat die optimale Größe und Zusammensetzung, die der Händler beibehalten will. Sind jedoch zu viele Schuhe des verkauften Sortiments auf Lager, dann wird der Händler weniger neue einkaufen als er verkauft hat. Umgekehrt – umgekehrt.

Dieser Zufluß zum Angebot, der mit dem Abfluß aus ihm, der befriedigten Nachfrage, in der Größe vergleichbar ist, interessiert jedoch den Käufer nicht, sondern ihn interessiert das Angebot, der Warenbestand im Geschäft. Ferner hat ein Produkt, wenn der Händler es einkauft, einen ganz anderen Preis, als wenn er es verkauft. Aus der Differenz zwischen dem Verkaufspreis und dem Einkaufspreis, der Handelsspanne (erscheint häufig als Rabatt, den der Produzent dem Händler oder der Groß- dem Einzelhändler gewähren) entstehen die Einnahmen des Handelsunternehmens, mit denen es seine Ausgaben deckt und einen Gewinn erzielen kann. Diese Handelsspanne beträgt zum Beispiel beim Buchhandel häufig 40 Prozent des Verkaufspreises. Wird ein Buch zum Beispiel für 100 DM im Handel verkauft, so erhält der es herstellende Verlag 60 DM und der Buchhändler 40 DM. Welcher dieser Preise ist der Gleichgewichtspreis: 100 DM, 60 DM oder 40 DM? Den Konsumenten interessieren die 100 DM, den Produzenten die 60 DM, den Händler die 40 DM. Wo schneiden sich die oben dargestellten Angebots- und Nachfragekurven? Sie schneiden sich nicht, weil das den Konsumenten interessierende Angebot als Bestandsgröße mit seiner Nachfrage als Bewegungsgröße nicht vergleichbar ist und weil der die Produzenten interessierende Zufluß zum Angebot ganz andere Preise für dasselbe Produkt hat als die Preise, die der Konsument mit seiner Nachfrage vorfindet.

Die Steuerungsfunktion des Marktes könnte schon als ein Prozeß beschrieben werden, bei dem die zu produzierenden Mengen an Produkten schrittweise an die nachgefragten angepaßt werden, wobei jedoch bei dieser Anpassung die Verkaufspreise, die Handelsspannen und die Einkaufspreise (die die Herstellerpreise sind oder von ihnen abhängen) variiert werden, ebenso wird auch die Größe der Warenvorräte, die das Produktenangebot ausmachen, fortwährend verändert. Dieser Anpassungsprozeß ist ein Suchen, ein Finden oder auch ein Sich-Irren, ein Anpassungsprozeß, der ebenso Erfolg wie Mißerfolg haben kann, da bei gleichzeitiger autonomer Änderung mehrerer Variabler, die in einem komplizierten funktionalen Zusammenhang stehen, das Ergebnis der Änderung für die Marktteilnehmer schwer voraussehbar ist.

Diese Kompliziertheit des Prozesses der Anpassung der produzierten Produktenmenge an die nachgefragte und die daraus folgende Unsicherheit seines Ergebnisses wird in der üblichen Theorie von den Angebots- und Nachfragefunktionen, die sich bei einem Gleichgewichtspreis schneiden sollen, übersehen, denn in dieser Theorie gibt es nur zwei Variable, die Produktenmenge und den Preis für das Produkt, bei deren Variation das Ergebnis der Anpassung eindeutig und sicher ist. Die Steuerfunktion des Marktes wird somit nicht nur stark vereinfacht dargestellt, sondern sie wird auch idealisiert und beschönigt.

4.4. Die Wirkung der Konkurrenz und des Monopols auf die Steuerfunktion des Marktes

Von Konkurrenz auf dem Markt wird allgemein dann gesprochen, wenn es viele Anbieter einer Produktenart gibt, die miteinander um die Käufer für ihre Produkte wetteifern. Gibt es nur wenige Anbieter einer Produktenart, dann besteht ein Oligopol. Bei nur einem Anbieter einer Produktenart hat dieser das Monopol.²²

Der Markt könne nur dann seine Steuerungsfunktion erfüllen, so die übliche Auffassung, wenn auf ihm ein Wettbewerb zwischen vielen Anbietern besteht, die deshalb beweglich auf die sich ständig ändernde Nachfrage nach ihren Produkten reagieren und damit diese Nachfrage auch über Preis- oder Mengenänderungen befriedigen können. Dabei wird wiederum angenommen, daß die vielen miteinander konkurrierenden Anbieter auf die sich ändernde Nachfrage so reagieren, daß ein Gleichgewicht erreicht wird, obwohl sie ihre Entscheidungen unabhängig voneinander treffen, so daß sowohl eine Überreaktion als auch eine »Unterreaktion« möglich sind, die über das Gleichgewicht hinaus oder nicht an das Gleichgewicht heran führen. Da jedoch jeder Anbieter seine Produkte verkaufen will, weil er nur so seine

²² Siehe Horst Siebert: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. 11., überarbeitete und erweiterte Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln 1992. S. 143. – Artur Woll: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 10., überarbeitete und ergänzte Aufl. München 1990. S. 191. – In der marxistischen Literatur wird unter Monopol häufig eine Monopolvereinigung verstanden, die eine Monopolstellung auf dem Markt hat und deshalb Monopolprofite realisieren kann. – Siehe Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch. 15. Aufl. Berlin 1989. S. 302-308.

Kosten decken und einen Gewinn erzielen kann, ist ein bewegliches Reagieren zu erwarten und damit auch eine Steuerung der Produktion über den Markt in Richtung des Gleichgewichts, um das Gleichgewicht herum pendelnd, mit vielen Verlusten, die aus diesem Prozeß des Suchens und des Sich-Irrrens vieler voneinander unabhängig reagierender Anbieter, aus der Spontanität ihrer Reaktionen, folgen. Diese Verluste ergeben sich sowohl daraus, daß die Lager von den schwer absetzbaren Produktenbeständen ständig zu räumen sind, als auch aus der Notwendigkeit, immer wieder die Verkaufspreise für Produkte so stark zu senken, daß nicht einmal die Kosten für den Einkauf und den Handel mit ihnen gedeckt werden.

Der einzelne Unternehmer kann seine Verluste wieder durch hohe Gewinne, die bei günstigen Marktbedingungen erzielbar sind, ausgleichen. Gesellschaftlich gesehen bleiben es jedoch Verluste, die bei einer planmäßigen Steuerung der Produktion über den Markt teilweise vermeidbar wären.

Das Monopol eines einzelnen Anbieters auf dem Markt oder dem Monopol ähnliche Absprachen zwischen mehreren Anbietern über die von ihnen beabsichtigten Preis- oder Mengenänderung bieten die Möglichkeit, abgestimmt und daher planmäßiger auf Nachfrageänderungen zu reagieren. Diese Möglichkeit einer planmäßigen Steuerung der Produktion über den Markt bei Vorhandensein eines monopolistischen Anbieters wird jedoch nur unter zwei Bedingungen zur Wirklichkeit:

Erstens muß der Monopolist an der Befriedigung der Nachfrage ökonomisch und moralisch interessiert sein und seine Monopolstellung dann verlieren, wenn er die Nachfrage nicht befriedigt; es müßte also potentielle Konkurrenten geben, die in solchen Fällen reell würden.

Zweitens müssen dem Monopolisten ausreichend Informationen über Lagerbestände, verkaufte Mengen und Preise für die einzelnen Produkte zur Verfügung stehen, und er müßte mit Hilfe von Computermodellen in der Lage sein, diese Vielzahl von Informationen zu solchen Entscheidungen zu verarbeiten, die zum Gleichgewicht auf dem Markt führen.

Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, wird über die Konkurrenz zwischen mehreren Anbietern die Steuerungsfunktion des Marktes besser erfüllt als über Monopolstellungen von Alleinanbietern einer Produktenart.

In der Planwirtschaft war die Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung über den Markt unter anderem wegen der Monopolstellung der meisten Anbieter gestört, einer Monopolstellung, der die obigen beiden Bedingungen fehlten.

4.5. Der Markt für Produktionsmittel in der Planwirtschaft

In der Planwirtschaft, wie sie in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern existierte, gab es einen Markt für Produktionsmittel, der jedoch in seiner Steuerungsfunktion stark eingeschränkt war. Der Markt für Produktionsmittel bestand in der DDR aus Betrieben des Produktionsmittelhandels und den Lagern für Fertigprodukte bei den Herstellern von Produktionsmitteln. So gab es über dreißig verschiedene Handelszweige, die Produktionsmittel anboten, wie zum Beispiel Metallurgiehandel, Maschinenhandel, Chemiehandel, Baumaterialienhandel, Holzhandel und vieles mehr.²³ Bei diesen Handelsbetrieben und bei den Herstellern von Produktionsmitteln konnten die benötigten Materialien und Ausrüstungen bestellt und gekauft werden zu Preisen, die vom Hersteller geplant und festgelegt wurden, vielfach auch durch das Amt für Preise genehmigt werden mußten. Für alle bilanzierten Produktionsmittel, etwa 80 Prozent,²⁴ benötigte man beim Kauf dieser auch einen »Bilanzanteil«, eine Zuteilungsgutschrift.

Das System der Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen sowie der Baubilanz führte zu einer Zuteilung von Produktionsmitteln, wodurch der Handel mit diesen schwach entwickelt war. Die Betriebe mußten viele Monate vor Beginn der Produktion die von ihnen benötigten Produktionsmittel beim Hersteller oder beim Handel bestellen, diese Bestellung mußte begründet und vom bilanzierenden Organ akzeptiert werden, um dann in die Bilanz für das entsprechende Produktionsmittel als geplante Verwendung aufgenommen und vom übergeordneten Planungsorgan bestätigt zu werden.

²³ Siehe Der Produktionsmittelhandel. Berlin 1978. S. 56f. – Werner Cramer et al.: Handelsökonomie. Lehrbuch. 2. überarbeitete Aufl. Berlin 1987. S. 104.

²⁴ Geschätzt, ausgehend von den Daten einer Tabelle. – Siehe Materielle Bilanzierung. Berlin 1981. S. 166.

In der DDR wurden zum Beispiel für den Volkswirtschaftsplan 1981 4.500 Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen erarbeitet, davon 790 für Konsumgüter, die übrigen für Produktionsmittel, und zwar 76 für Energieträger, 2.000 für Roh- und Werkstoffe, 700 für Ausrüstungen, Rationalisierungsmittel und Anlagen und über 930 für Zulieferungen. Davon wurden etwa 370 Bilanzen von der Staatlichen Plankommission, etwa 650 von den einzelnen Ministerien und die übrigen etwa 3.500 Bilanzen von den Kombinat, Kombinatbetrieben, wirtschaftsleitenden Organen und Bezirkswirtschaftsräten erarbeitet.²⁵ Später erhöhte sich die Gesamtzahl solcher Bilanzen um weitere 1.000.²⁶

In solchen Produktbilanzen wurde dem für ein Jahr geplanten Aufkommen aus inländischer Produktion, aus Export und aus Vorräten, die verkauft werden, die geplante Verwendung gegenübergestellt, die für die produzierenden Betriebe, für die Bevölkerung, für den Export und für das Auffüllen der Vorräte und Reserven bestimmt ist.²⁷

Die Produktbilanzen wurden in der Regel vom Hauptproduzenten oder dem ihm übergeordneten Planungsorgan erarbeitet,²⁸ so daß der Hersteller seine Produktion den Abnehmern zuteilen und auf diese Weise sich den Absatz sichern konnte. Da es mit der Zeit immer weniger Hersteller einer Produktart gab, die einstigen Konkurrenten in die Kombinate eingeordnet wurden, hatten die Hersteller von Produktionsmitteln bereits eine Monopolstellung auf dem Markt, die durch das Bilanzsystem zementiert wurde.

Die Möglichkeiten, die das Monopol unter zwei Bedingungen bietet, rationell auf die sich wandelnde Nachfrage zu reagieren, wurden nicht zur Wirklichkeit, weil diese Bedingungen fehlten: Es gab weder ein ausreichendes materielles Interesse und einen starken ökonomischen Druck, die Nachfrage zu befriedigen, noch gab es Informationssysteme, die es erlaubt hätten, alle Schwankungen in der Nachfrage rasch zu erfassen und auf sie beweglich zu reagieren.

25 Siehe Materielle Bilanzierung. Berlin 1981. S. 42 und 56.

26 Siehe Sozialistische Volkswirtschaft. Hochschullehrbuch. 2., neuverfaßte Aufl. Berlin 1989. S. 198.

27 Siehe Materielle Bilanzierung. Berlin 1981. S. 98.

28 Siehe ebenda. S. 61.

Hinzu kommt, daß die ökonomische Stärke, die ein Betrieb als Produzent infolge seiner Monopolstellung auf dem Markt hatte, zugleich zu seiner ökonomischen Schwäche wurde, die er als Konsument, als Verbraucher von Material und Nutzer von Maschinen und Anlagen hatte. So einfach der Absatz seiner Produkte auf dem Binnenmarkt war, so schwer war die Beschaffung der Produktionsmittel, die für das rasche Reagieren auf die sich ändernde Nachfrage benötigt wurden.

4.6. Der Markt für Konsumtionsmittel in der Planwirtschaft

Der Markt für Konsumtionsmittel war in der Planwirtschaft, wie sie in der DDR und anderen sozialistischen Ländern bestand, wesentlich entwickelter als der Markt für Produktionsmittel. Konsumgüter und Dienstleistungen erwarben die Bürger vorwiegend über den Kauf, indem sie in den Geschäften und Warenhäusern ein mehr oder weniger breites Warenangebot vorfanden, aus dem sie das gewünschte Produkt wählen konnten. Das Warenangebot enthielt in der Regel wesentlich weniger Produktarten, in engeren Sortimenten, als ähnliche Angebote in den Ländern mit kapitalistischer Marktwirtschaft. Die Wahl des geeigneten Produkts aus dem Warenangebot war jedoch frei und bedurfte keiner Zuteilungsgutschrift, mit wenigen Ausnahmen, wie zum Beispiel für billigere Briketts.

Anders war es bei den Handelsbetrieben, die Konsumtionsmittel anboten. Diese mußten die von ihnen gewünschten Waren bestellen und waren bei den bilanzierten Konsumtionsmitteln von den Zuteilungen seitens der bilanzierenden Organe abhängig. Ein rasches Reagieren auf Veränderungen in der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln war daher durch die Schwerfälligkeit des Bilanzsystems und die Monopolstellung der Herstellerbetriebe stark behindert. Der Bürger war als Verbraucher von Konsumtionsmitteln ökonomisch schwach, ähnlich den Betrieben als Verbraucher von Produktionsmitteln, obwohl der Bürger aus einem mehr oder weniger reichen Warenangebot wählen konnte, was die Betriebe in der Regel nicht konnten.

Der Markt für Konsumtionsmittel war in seiner Steuerungsfunktion ferner auch durch das Preisbildungssystem eingeschränkt. Die Preise für Konsumtionsmittel wurden nach vier verschiedenen Prinzipien gebildet.

Erstens wurden Preise für Konsumtionsmittel ausgehend von den gegenwärtigen Herstellungs- und Handelskosten gebildet, die dem Hersteller und dem Handel einen durchschnittlichen Gewinn sicherten.

Zweitens wurden Preise für Konsumtionsmittel, die als lebensnotwendig angesehen wurden, auf der Grundlage der Preise früherer Jahre, vorwiegend der 60er Jahre, gebildet, um den Kauf solcher Konsumtionsmittel allen, auch schlechter verdienenden, Bürgern zu ermöglichen. Für solche »Stopp-Preise« mußten zunehmend mehr Subventionen an die Produktions- und Handelsbetriebe gezahlt werden, weil die Herstellungs- und Handelskosten inzwischen erheblich gestiegen waren.

Drittens wurden Preise für Konsumtionsmittel, deren Verbrauch und Besitz als Luxus betrachtet wurden, so gebildet, daß überdurchschnittlich hohe Gewinne beim Verkauf erzielt werden konnten, die zum bedeutenden Teil an den Staatshaushalt abgeführt wurden, um die Subventionen zu finanzieren.

Viertens wurden Preise in ausländischer Währung, zum Beispiel in DM oder Dollar, gebildet, die sich an die in diesen Ländern üblichen Preise anlehnten.

Für alle Preise galt das übergreifende Prinzip des »Festpreises«: Der Handelsbetrieb durfte einen einmal festgesetzten Preis nicht ohne Genehmigung übergeordneter Organe verändern.

Es gab folgende drei Marktformen, auf denen diese Preisbildungsprinzipien angewandt wurden: *Erstens* die normalen Geschäfte, einschließlich der Warenhäuser; *zweitens* die Geschäfte des *Exquisit* für Industriewaren, vor allem modische Artikel, und des *Delikat* für Lebens- und Genußmittel sowie *drittens* die Geschäfte des *Intershop*.

In den normalen Geschäften wurden die ersten drei Preisbildungsprinzipien angewandt, in den Geschäften des *Exquisit* und des *Delikat* das dritte und in den Geschäften des *Intershop* das vierte Preisbildungsprinzip.

Die zweite und dritte Marktform erweiterten die Möglichkeiten für ein breiteres Warenangebot durch stärkere Nutzung der Importe auch aus kapitalistischen Ländern. Die notwendige Beweglichkeit im Reagieren auf Änderungen in der Nachfrage brachten sie auch nicht, weil sowohl das Festpreisprinzip als auch die Monopolstellung der Anbieter erhalten blieben, die weder mit ausreichender materieller Interessiertheit an der Befriedigung der Nachfrage noch mit funktionierendem Informationssystem gekoppelt waren.

Die Steuerungsfunktion des Marktes war somit auch bei Konsumtionsmitteln nur beschränkt wirksam, nur langsam konnten Abweichungen, die es zwischen den Zulieferungen zum Warenangebot und der Nachfrage bei den einzelnen Produktenarten gab, ausgeglichen werden. Die Warenbestände und damit auch das Warenangebot hatten zu oft und zu lange keine optimale Größe und Struktur, und der Käufer fand nicht das gewünschte Produkt oder hatte eine zu kleine Auswahl.

4.7. Das Geld in der Planwirtschaft

Die überwiegende Mehrzahl der Produkte, gleich, ob Produktions- oder Konsumtionsmittel, wurde in der Planwirtschaft, wie sie in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern bestand, als Waren erzeugt und mußte daher auch als Waren gekauft und mit Geld bezahlt werden. Nur verschiedene kulturell-sozialen Produkte, wie zum Beispiel Leistungen des Gesundheits- und des Bildungswesens, oder Naturprodukte, wie zum Beispiel der Boden, der Wald und die Gewässer, waren keine Waren mehr oder nur beschränkt Waren, waren daher nicht oder nur beschränkt kaufbar und erforderten daher zu ihrer Nutzung kein oder nur wenig Geld.

Sonst waren alle übrigen Produkte Waren und nur über den Kauf mit Geld erwerbbar. Das verfügbare Geld beschränkte jedoch die Möglichkeiten, ein Produkt käuflich zu erwerben, verschieden.

Für den Erwerb von Produktionsmitteln, soweit diese bilanziert wurden, waren Bilanzanteile wichtiger als Geld. Da Bilanzanteile Bestandteil der Pläne waren, erhielten die Betriebe, die über sie verfügten, ohne Schwierigkeiten

Kredite, falls Eigenmittel zum Kauf bilanzierter Produktionsmittel fehlten. Auch für nichtbilanzierte Produktionsmittel war das benötigte Geld bei den Betrieben vorhanden oder bei den Banken leicht beschaffbar.

Es war vom Plan her den Betrieben vorgeschrieben, einen festen vorgegebenen Teil ihrer Bestände an unfertigen Produkten und an Fertigprodukten, ebenso einen Teil ihrer Investitionen, über Kredite zu finanzieren. Die eigenen Geldmittel der Betriebe wurden wiederum über Abführungen an den Staatshaushalt beschränkt.

Für den Erwerb von Konsumtionsmitteln benötigten die Bürger eigene Geldmittel, Kredite wurden ihnen nur begrenzt gewährt. Da ferner auch die Geldeinkommen der Bürger relativ langsam wuchsen, war das verfügbare Geld für sie eine wesentliche Begrenzung für den Kauf von Konsumtionsmitteln, hatte also in ihren Augen einen »Wert«, der allerdings im Vergleich zur »Westmark« kleiner war, weil mit der letzteren mehr Warenarten erwerbbar, die Wahlmöglichkeiten größer waren, da das Warenangebot breiter war.

Das Geld wurde in der Planwirtschaft ebenso in den Umlauf gebracht wie in den Marktwirtschaften: über die Gewährung von Krediten. Mit jedem ausgereichten Kredit wurde Geld »geschöpft«, das bar im Umlauf war oder auf Konten als Geldbestand der Betriebe oder der Bürger lag.

Die Ausreichung von neuen Krediten an die Betriebe und damit die Schöpfung von zusätzlichem Geld war jedoch an die geplante Vergrößerung des jährlich erzeugten gesellschaftlichen Gesamtprodukts und an wirtschaftspolitische Entscheidungen über seine Verwendung gebunden. Wurde der Plan der Produktion, wie so häufig, nicht erfüllt, dann war der Zuwachs an umlaufendem Geld größer als der Zuwachs an Warenbeständen, und es entstand ein »Geldüberhang« vor allem bei der Bevölkerung, dem nicht nur zu wenig Waren, sondern vielfach auch nicht absetzbare Waren gegenüberstanden.²⁹ Preiserhöhungen für die Konsumtionsmittel, die sich bereits im Warenangebot befanden, waren nur selten möglich, so daß dieser Weg, den Geldüberhang bei der Bevölkerung abzubauen, so gut wie nicht gangbar war.

29 Siehe Kerry Brauer: Geldtheoretische und geldpolitische Aspekte im Systemvergleich. [Unveröffentlichte Studie.] Leipzig 1993.

Die Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung über die Distribution des volkswirtschaftlichen Produkts, die über die Distribution der Geldeinnahmen, insbesondere der Geldeinkommen, vermittelt wird, war der Steuerung über die Produktion des volkswirtschaftlichen Produkts untergeordnet. Die Steuerung über die Distribution sollte die Steuerung über die Produktion ergänzen, wirksamer machen. Da aber die Steuerung über die Produktion in der ganzen Breite nicht machbar war und daher mißlang, gelang auch keine wirkungsvolle Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung über die Distribution. Mangelnde Beweglichkeit bei der Einführung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in die Produktion und bei der Anpassung der Produktion an die sich wandelnde Nachfrage konnten durch distributive Maßnahmen nicht ausgeglichen werden, denn wenn auch Geld vorhanden oder beschaffbar war, war es den Betrieben nicht möglich, rasch das Benötigte käuflich zu erwerben.

4.8. Die ökonomische Interessiertheit der Arbeitenden in der Planwirtschaft

Der Markt für Konsumtionsmittel und das Geld wurden in der Planwirtschaft für die ökonomische Stimulierung hoher Arbeitsleistungen genutzt. Das Interesse der Menschen an guten Arbeitsergebnissen wurde geweckt und gefördert, indem versucht wurde, die Geldeinkommen, soweit sie für den persönlichen Verbrauch der Arbeitenden bestimmt waren, nach der von ihnen erbrachten Arbeitsleistung zu verteilen. Bürger, die in ihrer Arbeit bessere Leistungen zeigten, sollten auch ein höheres Einkommen erzielen, mit dem sie mehr oder bessere Konsumtionsmittel auf dem Markt kaufen konnten.

Dabei konnten die Einkommensunterschiede zwischen den Arbeitenden nur so groß sein, wie sich ihre Arbeitsleistungen unterschieden. Vermutlich schwanken die Fähigkeiten, der Fleiß und die Verantwortung, die der einzelne übernehmen kann, zwischen 1 und 4 oder 1 und 6. Die höchste Arbeitsleistung kann demnach nur das Vier- bis Sechsfache der einfachsten betragen.³⁰

³⁰ Samuelson und Nordhaus meinen beispielsweise: »Menschliche Eigenschaften wie etwa die gemessene Intelligenz, Größe, Gewicht oder Kraft [...] weichen] selten um mehr als den Faktor

Die Einkommensunterschiede bewegten sich daher auch in diesem Schwankungsbereich, wobei die Tendenz zur Mitte ausgeprägt war, weil es sich vielerorts als unmöglich erwies, die Arbeitsleistung exakt zu messen: Zu viele Tätigkeiten waren nicht vergleichbar, ebensowenig die Ergebnisse und die Bedingungen, unter denen diese Tätigkeiten zu vollbringen waren. Anstelle exakter Leistungsmessung traten häufig formale Kriterien, wie Ausbildungsabschlüsse, Dienstalter und ähnliches, die der Einkommensdifferenzierung zugrunde gelegt wurden.

Ganz allgemein können persönliche Geldeinkommen *drei Quellen* haben: die *Arbeitsleistung*, die *soziale Bedürftigkeit* und das *Privateigentum an Produktionsmitteln*, wie an Boden oder Sachkapital, an Wohnhäusern, an Geldkapital und anderem.

Daraus folgt, daß das persönliche Einkommen in *drei Formen* auftreten kann, als *Arbeitseinkommen*, als *Sozialeinkommen* (Kindergeld, Krankengeld, Stipendien, Invaliden- und Altersrenten und ähnliches) und als *Vermögenseinkommen*³¹ (Gewinn, Zins, Pacht, Mieten u.a.).

In der Planwirtschaft dominierten die beiden ersten Quellen und Formen des persönlichen Einkommens, die letzte trat nur in geringem Umfang als Zins auf Spareinlagen und als Pacht, Miete oder als Gewinn bei kleinen privaten Unternehmen in Erscheinung.

Die ökonomische Interessiertheit der Arbeitenden an guten Arbeitsergebnissen war daher in der Planwirtschaft schwächer ausgebildet als in der kapitalistischen Marktwirtschaft, in der die Bürger nicht nur aus der Arbeit, sondern auch aus Vermögen Einkommen erzielen können, was zu einer wesentlich größeren Einkommensdifferenzierung führt und die Bezieher hoher Einkommen besonders stimulieren kann, Wege zu suchen und zu finden, ihre Einkommensquellen zu erhalten und auszubauen.

3 voneinander ab.« (Paul A. Samuelson/ William D. Nordhaus: Volkswirtschaftslehre. Grundlagen der Makro- und Mikroökonomie. 8., grundlegend überarbeitete deutsche Aufl. Bd 2. Köln 1987. S. 232 und 240.) – Diese Unterschiede in den natürlichen Anlagen der Menschen müßten noch durch Unterschiede in der Ausbildung und im ausgeübten Beruf ergänzt werden.

31 Die Bezeichnung »Vermögenseinkommen« verwenden Samuelson und Nordhaus – Siehe Paul A. Samuelson/ William D. Nordhaus: Volkswirtschaftslehre. Grundlagen der Makro- und Mikroökonomie. 8., grundlegend überarbeitete deutsche Aufl. Bd 2. Köln 1987. S. 235 und 240.

Nicht nur die Privateigentümer selbst, sondern auch die sie vertretenden Manager, die formell nur Gehalt beziehen, beziehen tatsächlich neben dem Arbeitseinkommen auch Vermögenseinkommen, denn dieses Gehalt kann wesentlich höher sein als das Sechsfache des Arbeitseinkommens eines einfachen ungelerten Arbeiters. So betragen zum Beispiel in der Alt-BRD die jahresüblichen Bezüge in Industrieunternehmen mit 2.000 Beschäftigten bei einer Chefsekretärin und bei einem Meister 65.000 DM, beim Abteilungsleiter 95.000 DM, beim Hauptabteilungsleiter 135.000 DM, beim Bereichsleiter 170.000 DM, beim Vorstandsmitglied 350.000 DM und beim Vorstandsvorsitzenden 525.000 DM.³² Der Vorstandsvorsitzende verdiente also das Achtfache der Chefsekretärin. Nimmt man an, daß der einfache Arbeiter, der Hilfsarbeiten ausführt, zur selben Zeit 12.000 DM im Jahr verdiente, so hat der Vorstandsvorsitzende das Vierundvierzigfache des einfachen Arbeiters erhalten, wobei seine Fähigkeiten und Kenntnisse, nach der obigen Annahme, bestenfalls das Sechsfache des einfachen Arbeiters ausmachen, sein aus Arbeit resultierendes Jahreseinkommen also nur 72.000 DM betragen dürfte. Die restlichen 453.000 DM sind somit Vermögenseinkommen.

Im selben Jahr verdiente eine Chefsekretärin im gleichgroßen Industrieunternehmen der ehemaligen DDR 20.000 DM und ein Vorstandsvorsitzender nur 84.000 DM, also das 4,2fache der Chefsekretärin und das 7fache des einfachen Arbeiters.³³

Biedenkopf meint sogar, daß in der DDR seinerzeit der Chef bestenfalls das 2,5fache dessen verdient hat, was seine Sekretärin erhielt, während in der Alt-BRD der Chef das 25fache der Sekretärin verdienen würde.³⁴

Die Möglichkeiten, die Arbeitenden an den Produktionsergebnissen zu interessieren, sind somit in der Planwirtschaft wesentlich geringer als in den kapitalistischen Marktwirtschaften, weil die Differenzierung über die ungleiche Vermögensverteilung und damit über das Vermögenseinkommen fehlt.

32 Siehe Heinz Evers: Lohn der Angst. In: Manager-spezial. Hamburg 2(1991). S. 76.

33 Siehe ebenda. S. 76.

34 Siehe Kurt Biedenkopf: Sind die Ostler faul? In: Manager-spezial. Hamburg 2(1991). S. 48.

5. Die Ursachen für das Scheitern der Planwirtschaft und ihre Zukunft

5.1. Die Erfolge der Planwirtschaft

Mit Hilfe der Planwirtschaft gelang es der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern, eine Industrie oder fehlende Industriezweige aufzubauen und ein kontinuierliches Wachstum der Produktion zu erreichen.

Gleichzeitig konnte das durchschnittliche Lebensniveau der Bevölkerung gehoben und extreme, mit Hunger und Obdachlosigkeit verbundene, Armut weitgehend überwunden werden.

Der UdSSR, aus dem ökonomisch rückständigen Zarenreich hervorgegangen, gelang es sogar, ein solches militär-ökonomisches Potential in nur zehn Jahren zu schaffen, mit dem die militär-technisch gut ausgerüsteten faschistischen Armeen geschlagen und zerschlagen werden konnten, was keinem anderen von diesen Armeen angegriffenen europäischen Staat, wie Frankreich, Polen oder England, gelang, obwohl diese Staaten nach dem ersten Weltkrieg über eine wesentlich entwickeltere Industrie verfügten als die junge UdSSR.

Staatliches Eigentum und Methoden der Planwirtschaft erlaubten auch zahlreichen, vom Kolonialjoch befreiten, ökonomisch schwach entwickelten Ländern, eine eigene Industrie und andere Wirtschaftszweige aufzubauen.

Viele hochentwickelte kapitalistische Länder nutzten ebenfalls nach dem zweiten Weltkrieg Methoden der Planwirtschaft, vor allem die Programmplanung, um, gestützt auf staatliches Eigentum, wirtschaftliche Aufgaben im Land zu lösen, wie beispielsweise Großbritannien, Frankreich, Japan, BRD und Österreich.

Nicht zufällig gab es zur Zeit, als Hayek seine Streitschrift gegen die Planwirtschaft verfaßte (1944), viele Anhänger der Planwirtschaft in England und außerhalb, die als Sozialisten »die Ersetzung der ›Profitwirtschaft‹ durch die ›Bedarfsdeckungswirtschaft‹« forderten und der Meinung waren, daß »eine rationelle Verwendung unserer Produktivkräfte eine zentrale Lenkung und Organisation aller unserer Wirtschaftskräfte [erfordert]«.³⁵

³⁵ Friedrich A. Hayek: Der Weg zur Knechtschaft. Neuausgabe mit einem Vorwort von Otto Graf Lambsdorff. München 1991. S. 55 und 58.

Trotz dieser ihrer Erfolge hat die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung im ökonomischen Wettstreit mit der kapitalistischen Marktwirtschaft verloren.

5.2. Das Scheitern der Planwirtschaft und seine Ursachen

Siebzig Jahre lang in der UdSSR und vierzig Jahre in der DDR und in anderen osteuropäischen sozialistischen Ländern wurde vergeblich versucht, mit Hilfe der Planwirtschaft die hochentwickelten kapitalistischen Länder ökonomisch einzuholen. Der Abstand im ökonomischen Entwicklungsniveau wurde nicht kleiner, sondern nach und nach größer.

Mit dem Untergang der politischen Macht in den sozialistischen Ländern Ende der 80er Jahre endete dort auch die Planwirtschaft. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, das die Planwirtschaft ermöglicht und erfordert hat, wird nach und nach privatisiert.

Die Planwirtschaft scheiterte aus verschiedenen Ursachen. *Erstens* war das Modell der Planwirtschaft nicht realisierbar. Es gelang nicht, von einem Zentrum aus die Volkswirtschaft zu planen und zu leiten, und es war nicht möglich, über die Produktion die volkswirtschaftliche Entwicklung zu steuern, so daß die von der Planwirtschaft erwartete hohe Effektivität in der Volkswirtschaft nicht erreicht wurde.

Zweitens hat das angewandte Planungssystem mit den auf Erhaltung bestehender Zustände ausgerichteten Partei- und Staatsapparaten rasche Reaktionen auf Veränderungen verhindert, die sich aus neuen wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen und aus neuen Bedürfnissen der Bürger ergaben.

Drittens stimulierte die geringe Differenzierung der persönlichen Einkommen der Bürger, die allein von der Differenzierung der Arbeitsleistung ausging, zuwenig zu höheren Leistungen verschiedenster Art, vor allem zur Übernahme von Risiken und zum Suchen neuer, bisher unbekannter Wege und Methoden bei der Lösung ökonomischer Probleme.

Diese drei inneren Ursachen für das Scheitern der Planwirtschaft waren potentiell schon immer vorhanden, sie wurden jedoch reell infolge zweier weiterer, äußerer Ursachen.

Viertens erwies sich die Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern als noch sehr leistungsfähig und daher als der Planwirtschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen überlegen.

Die Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft äußerte sich sowohl in einem höheren Wachstumstempo der Produktion und des erzeugten Volkseinkommens als auch in einer größeren Differenziertheit des Angebots an Produkten, die zugleich eine bessere Anpassungsfähigkeit an Veränderungen einschloß, die sich aus neuen wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen der Menschen ergaben.

Fünftens ermöglichte die ökonomische Stärke der hochentwickelten kapitalistischen Länder diesen, zu günstigen Bedingungen Arbeitsleistungen und Rohstoffe aus ökonomisch schwach entwickelten Ländern zu beziehen, wodurch die volkswirtschaftliche Effektivität in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern weiter anstieg. Die für die Marktwirtschaft typische Tendenz zur fortschreitenden Polarisierung zwischen reich und arm im einzelnen Land und zwischen den Ländern kam den hochentwickelten kapitalistischen Ländern zugute, obwohl es den ökonomisch schwach entwickelten Ländern, unter ihnen auch den sozialistischen, schadete.

5.3. Die Merkmale der kapitalistischen Marktwirtschaft, die ihre Überlegenheit gegenüber der Planwirtschaft begründen

Die gegenwärtige Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft resultiert aus Merkmalen, die dem Ideal der Menschlichkeit und sozialen Gerechtigkeit, das der Idee der sozialistischen Planwirtschaft zugrunde lag, widersprechen. Diese Merkmale sind folgende.

Erstens: Die viel größere Differenzierung der persönlichen Einkommen beruht nicht auf einer ebensolchen Differenzierung der Arbeitsleistungen, sondern auf der Differenzierung im Besitz von Vermögen, das aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln folgt, das wenigen erlaubt, sich den von den Arbeitenden erzeugten Mehrwert anzueignen, sie also auszubeuten.

Zweitens: Die aus der großen Differenzierung der persönlichen Einkommen resultierende starke ökonomische Stimulierung fördert höhere Leistungen verschiedenster Art, von der Gesellschaft gewollte und ungewollte. Diese Leistungsstimulierung erzeugt zugleich Angst und beruht auf der Angst. Die Arbeiter und die einfachen Angestellten bangen um den Verlust ihres Arbeitsplatzes und damit um den Verlust ihres Arbeitseinkommens und sind daher bemüht, allen Anforderungen gerecht zu werden. Die Privateigentümer und die sie vertretenden Manager haben Angst um den Untergang ihres Unternehmens, das ihnen neben Arbeitseinkommen noch arbeitsloses Vermögenseinkommen gewährt, und sind daher bestrebt, im harten Konkurrenzkampf mit ähnlichen Unternehmen zu bestehen, wozu sie Risiken übernehmen und neue Wege bei der Lösung ihrer Aufgaben suchen.

Drittens: Die hohen individuellen Einkommen eines kleinen Teils der Bürger eines Landes, deren Quelle der Mehrwert ist, werden zum Teil akkumuliert und für den Kauf neuer Produktionsmittel, für die Vergrößerung des Privateigentums an ihnen, verwendet. Gleichzeitig erlauben diese hohen individuellen Einkommen, Risiken zu übernehmen, die bei Mißerfolg zu Verlusten führen, die aus den vorher erzielten hohen Gewinnen ausgeglichen werden müssen. Über die Börsen, gestützt von Bankkrediten, kann daher auf Veränderungen in der Nachfrage nach Investitionsmitteln beweglich reagiert werden, wodurch sich die Produktion auch rasch an Veränderungen, die aus neuen wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen und neuen Bedürfnissen der Menschen folgen, anpassen kann.

Die Überlegenheit der Marktwirtschaft über die Planwirtschaft ist somit Folge ihres kapitalistischen Charakters, Folge ihres unsozialen Wesens, das einem kleinen Teil der Bürger, den großen Kapitalisten, ihren Managern und den sie vertretenden hohen Staatsangestellten, arbeitsloses Einkommen gewährt, dessen Quelle der Mehrwert ist.

Eine sozialistische Planwirtschaft, in der jedem Arbeitswilligen ein Arbeitsplatz gesichert ist und in der sich die Einkommensdifferenzierung allein aus der Differenzierung der Arbeitsleistung ableitet, kann keine solche Leistungsstimulierung hervorbringen wie die kapitalistische Marktwirtschaft. Weder die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes und des privaten

Eigentums an den Produktionsmitteln noch die aus dem Vermögen und anderen Privilegien hervorgegangenen hohen individuellen Einkommen sind für den Sozialismus erwünschte Leistungsstimuli.

Erst wenn sich die Gesellschaft auf langsames Wachstum, auf weniger Veränderungen einstellt, die der natürlichen Umwelt zugute kämen, hat die Planwirtschaft mit ihrer harmonisierenden, auf Ruhe ausgerichteten Wirkung eine Zukunft.

5.4. Die Zukunft der Planwirtschaft

Obwohl die Planwirtschaft im ökonomischen Wettstreit mit der Marktwirtschaft zunächst verloren hat, könnte künftig die Planwirtschaft zur vorherrschenden Wirtschaftsweise auf dieser Erde werden, weil nur sie in der Lage ist, gesellschaftliche Interessen, die zunehmend zu Interessen an der Erhaltung der Lebensbedingungen für die Menschheit geworden sind, im Handeln der Menschen durchzusetzen.

Gesellschaftliche Interessen müssen jedoch erkannt und von den Bürgern akzeptiert werden, wozu entwickelte Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften ebenso Bedingung sind, wie eine funktionierende Demokratie, bei der im offenen und ehrlichen Meinungsstreit um solche Entscheidungen gerungen wird, die für die Gesamtheit der Bürger die günstigsten und damit auch im gesellschaftlichen Interesse sind.

Das vom Staat als dem Repräsentanten der Gesellschaft verwaltete gesellschaftliche Eigentum an wesentlichen Produktionsmitteln würde die ökonomische Basis der Planwirtschaft bilden.

Für eine wirkungsvolle Planwirtschaft müßte das Planungszentrum eindeutig bestimmt und in der Lage sein, seine zentral getroffenen Entscheidungen zu überblicken, zu koordinieren und ihre Wirkungen, unmittelbaren und mittelbaren, vorzusehen, wozu wissenschaftlich fundierte Kenntnisse über volkswirtschaftliche Zusammenhänge und entsprechende Computermodelle erforderlich sind, die von hochqualifizierten Spezialisten genutzt werden. Die zentrale Planung müßte sich auf das Machbare beschränken, sie kann daher nicht mehr vorwiegend produktionsorientiert sein, weil bei der

gegenwärtigen Vielfalt an Produktenarten und ihren Sortimenten (Farbe, Material, Größe) weder die Gütermengen noch ihre Gebrauchseigenschaften, noch die Produktionsverfahren, mit denen sie hergestellt werden, zentral geplant werden können.

Die Planwirtschaft sollte künftig vorwiegend distributionsorientiert sein, und die volkswirtschaftliche Entwicklung müßte in erster Linie über die Distribution des volkswirtschaftlichen Produkts gesteuert werden. In einem zentralen Plan sollte die Verteilung der Geldeinnahmen und Geldeinkommen geregelt werden. Produktionsziele könnten vor allem indirekt, über die Steuerung der Distribution und über die fachkundige Beratung der Produzenten, verbunden mit Empfehlungen, erreicht werden.

Die Steuerung der volkswirtschaftlichen Entwicklung über die Distribution des volkswirtschaftlichen Produkts, die über die Distribution der Geldeinnahmen und Geldeinkommen vermittelt wird, setzt eine entwickelte Warenzirkulation, einen entwickelten Markt voraus, auf dem die Produzenten ein reiches Warenangebot präsentieren. Die Preise für das gleiche Produkt könnten in Abhängigkeit von der Nachfrage innerhalb geplanter Intervalle schwanken.

Die Bereitschaft der Produzenten, sich dem wandelnden Bedarf anzupassen, müßte gefördert werden. Gleichzeitig sollte eine optimale Vielfalt an Produktenarten angestrebt werden, die rationell hergestellt und rationell verkauft werden kann. Ob ein Produzent oder mehrere die gleiche Produktenart erzeugen, ob sie eine Monopolstellung auf dem Markt haben oder miteinander konkurrieren, sollte von der Rationalität der Produktionsorganisation abhängen.



Personalia

Prof. em. Dr. rer. oec. habil. Eva Müller 65 Jahre

Am 26. Juni 1993 beging Dr.rer.oec.habil. Eva Müller, em.Prof. für Volkswirtschaftslehre, ihren 65. Geburtstag in Taucha bei Leipzig.

Der Kreis der Gratulanten ehrte eine stets streitbare Wissenschaftlerin und vielfältig inspirierende Kollegin, die Träumerin einer lebenswerten Zukunft für ihre vier Kinder und zahlreichen Enkel, für ihre unzähligen Freunde auf mehreren Kontinenten. »Positives« Träumen ist in dieser schweren Zeit des Scheiterns sozialistischer Experimente für die »reifere« Generation nicht verbreitet; Eva Müller kann überzeugend in die Zukunft blicken, da für sie feststeht: »Die Marktwirtschaft als Wirtschaftsweise, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht, ist nicht in der Lage, gesellschaftliche Interessen im erforderlichen Umfang durchzusetzen. Gesellschaftliche Interessen sind aber gegenwärtig zunehmend Weltinteressen, Interessen an der Erhaltung der Erde als Naturraum für die Menschen und Interessen an der Überwindung der Armut, des Hungers und der Obdachlosigkeit, in allen Ländern der Welt. Nur die Planwirtschaft, die auf gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruht, hat die Potenz, den gesellschaftlichen Interessen das notwendige Gewicht bei Entscheidungen über die Entwicklung der Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft zu geben. Darin liegt ihre mögliche Zukunft.« (Januar 1993).

Eva Müller, geborene Bobek, wuchs in einer linken Berliner Intellektuellenfamilie auf; ihr Vater, Dr. Felix Bobek, wurde von den Faschisten ermordet. Gemeinsam mit ihrer Mutter – Dr. Gertrud Bobek – und Schwester emigrierte sie 1935 in die Sowjetunion. Im Internationalen Kinderheim Iwanowo bei Moskau erlebte sie eine bleibende internationalistische Erziehung: Kinder anderer Länder und Kontinente, verschiedener Nationen und Rassen waren in der wechselseitigen Achtung ihrer Gefühle und Eigenheiten ein Grunderlebnis für ihr bewußtes Leben im vom Faschismus befreiten Deutschland, das für Eva Bobek ab 1946 zur Heimat wurde.

Von 1947 bis 1951 studierte sie in Leipzig Wirtschaftswissenschaften unter maßgeblichem Einfluß von Fritz Behrens, besuchte aber auch Veranstaltungen von Walter Markov und Ernst Engelberg – um nur einige ihrer akademischen Lehrer zu nennen. Es waren Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs an der Universität, in denen um ein antifaschistisches Profil der kommenden Akademikergeneration gerungen wurde. Unter diesen Bedingungen konnte auch das Studium der Arbeiten von Marx und Engels kaum zu dogmatischen Verzerrungen führen – ein Phänomen, unter dem Eva Müller in späteren Jahren als Hochschullehrerin und unbeugsame Mahnerin, sich den aktuellen Reproduktionsbedingungen zuzuwenden, zu leiden hatte. Beispielfhaft sei an Eva Müllers Forschungen zum Nationalreichtum erinnert (»Der Nationalreichtum«. Verlag Die Wirtschaft. Berlin 1987). In einer DDR-weiten Diskussion gab es manchen namhaften Hochschullehrer, der sie der Auflösung der marxistischen Terminologie durch eine marktwirtschaftliche Güterlehre bezichtigte. Nicht der Inhalt war entscheidend, sondern die einheitliche Sprachregelung. Unterschwellig kursierte der Witz: Ob sich die Erde um die Sonne dreht oder umgekehrt – das ist völlig gleichgültig. Die Hauptsache ist die Einheitlichkeit, von Berlin bis in den letzten Zipfel der Republik. In das Konzept des »demokratischen Zentralismus« paßten ebensowenig Eva Müllers Vorstellungen von einer Regionalwirtschaft, die sie in das interdisziplinäre Forschungsprojekt »Territoriale Reproduktionsbedingungen in einem industriellen Ballungsbezirk« einbrachte. Sie stieß auf völlige Ablehnung bei den »führenden Genossen in Berlin«, als sie gar noch quantifizieren wollte, welcher Anteil Nationaleinkommen im Bezirk Leipzig erwirtschaftet und wo er verbraucht wurde.

Als Marxistin war ihr bewußt, daß erweiterte Reproduktion nur bei gesicherter einfacher Reproduktion erfolgen kann. Sie rief nach einer Theorie und Praxis der Erhaltung, denn was nützen Neubaugebiete, wenn erhaltenswerte Altbauten zusammenfallen? Was nützt der exportierte »Drehautomat des Kommunismus«, wenn in vielen Unternehmen Abbilder des Menzelschen Eisenwalzwerkes verbleiben?

Die Emeritierung von Prof. Eva Müller per 1. September 1988 war kein wesentlicher Einschnitt in ihrem wissenschaftlichen Leben; zu vielfältig waren ihre Projekte, um schon an ein Rentnerleben zu denken. Im Gegenteil, es war jetzt mehr Zeit vorhanden, es konnte tiefer nachgedacht werden – über die Niederlagen des sozialistischen Experiments in verschiedenen Ländern, über die sogenannte Wende im Osten Deutschlands, die – entgegen allen Versprechungen (z.B. auch von Prof. Kurt Biedenkopf) – zu keiner Wende in Westdeutschland geführt hat, über den Zusammenbruch zahlreicher theoretischer Kartenhäuser, einschließlich jener der reinen Marktwirtschaftslehre. Das geeinte Deutschland wurde zum Musterbeispiel von Markt- und Staats-versagen zugleich – um in der Terminologie der »Transformations-theorie« zu sprechen.

Auf diese Entwicklung reagierte Eva Müller sehr früh und ganz konkret mit den »Vier Prämissen der modernen Volkswirtschaftslehre, die keine moderne Volkswirtschaft reflektieren« (Februar 1990). Es wird abstrahiert von den Unterschieden zwischen den Menschen und den Dingen, der Arbeitsteilung zwischen den Unternehmen, den Beständen auf den Märkten und dem Ausstoß von schädlichen Produkten. Es gibt in der »modernen« Volkswirtschaftslehre weder einen theoretisch noch praktisch ausreichenden Ansatz, um die globalen Menschheitsprobleme zu lösen. Das Zerreißen sozialistischen Gedankengutes in den ehemaligen »sozialistischen Staaten« – in dieser oder jener Art – birgt die große Gefahr, daß Erhaltenswertes mit über Bord geht. Eva Müller stemmt sich dagegen, denn ihr ist zutiefst bewußt, daß der Zivilisation unter den gegenwärtigen Reproduktionskreisläufen nur noch wenig Zeit verbleibt.

Möge die kleine große Eva Müller auch in den nächsten Jahren bei guter Gesundheit mit zahlreichen anregenden wissenschaftlichen Arbeiten bezeugen, daß die sozialistische Idee lebt!

J.B.

Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.

»Mitteilungen«

Heft 1. Leipzig 1991. 28 S. [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3-5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külow/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6-8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9-15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16-24. – Erste Presseresonanz. S. 25-28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5-17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18-27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28-32. – Informationen des Vorstandes. S. 33-35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3-16. – Werner Bramke: Carl Goerdelers Weg in den Widerstand. S. 17-30. – Informationen des Vorstandes. S. 31-33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3-10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11-19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20-31. – Informationen des Vorstandes. S. 32-34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5-16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teutschland«? S. 17-35. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36-44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872-1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5-46. – Inhalt. S. 47.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5-34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35-50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51-52. – Autoren dieses Heftes. S. 53. – Informationen des Vorstandes. S. 54.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Leipzig am 28. März 1992.] – *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5-9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11-16. – Faksimiles. S. 17-36. –

Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37-40. – Personalia. S. 41-47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47-51. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. S. 51-52.]

»Texte zur politischen Bildung«

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. – *Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 3:* Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – *Heft 4:* Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5:* Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S.